

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Daniel René Jung, Wolfgang
Picken, Matteo Scotto, Liska
Wittenberg (eds.)

Corona und die Verfassung Europas

Discussion Paper

C268
2021

Daniel René Jung ist Doktorand an der Universität Bonn. Er promoviert über den Solidaritätsbegriff in der Europäischen Union.

Wolfgang Picken ist Theologe und Stadtdechant von Bonn. Er ist Autor des Buches "Wir. Die Zivilgesellschaft von morgen" (2018). Er hat 2004 im Fach Politikwissenschaft über die Grundwertediskussion in den deutschen Parteien promoviert.

Matteo Scotto ist wissenschaftlicher Referent der deutsch-italienischen Kulturstiftung "Villa Vigoni". Er ist Absolvent des Master of European Studies – Governance and Regulation (Class of 2015) des ZEI.

Liska Wittenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Sie ist Absolventin des Master of European Studies – Governance and Regulation (Class of 2016) des ZEI.

Erweiterte Dokumentation des 19. Europakolloquiums am 8. April 2021 mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förder-initiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“

Inhalt

Daniel René Jung

Solidarität in der EU 1

Wolfgang Picken

Deutschland: Es braucht ein neues Wir 09

Matteo Scotto

A New European Balance 17

Liska Wittenberg

Covid-19: The EU and Global Norms 27

Daniel René Jung

Solidarität in der EU

Im bisherigen Verlauf des 21. Jahrhunderts ist das politische Europa mit mehreren transnationalen Krisenerscheinungen konfrontiert worden, deren Bewältigung die Kapazitäten des Nationalstaats übersteigt. Dazu zählen die Finanz- und Eurokrise, die Flüchtlingskrise und zum aktuellen Zeitpunkt die Coronakrise. Die Replik der EU-Staatengemeinschaft auf diese disruptiven und ungleichheitsverstärkenden Krisenmomente wird als Bewährungsprobe oder Spiegelbild für das (Nicht-)Vorhandensein des europäischen Solidaritätsgedankens porträtiert.¹

1. Begriff und Operationalisierung des (europäischen) Solidaritätsprinzips

Im Grundsatz ist allen gesellschaftswissenschaftlichen Solidaritätsideen der Bedeutungskern oder die Attribuierung von Solidarität als spezifische „Idee eines wechselseitigen Zusammenhangs zwischen den Mitgliedern einer Gruppe“² gemein, die insbesondere in Not- oder Gefahrensituationen evoziert wird.³ Bereits im Jahr 1893 erforscht

- 1 Siehe dazu exemplarisch Deen, Bob und Kruijver, Kimberley (2020): Corona: EU's existential crisis. Why the lack of solidarity threatens not only the Union's health and economy, but also its security, Clingendael Institut.
- 2 Bayertz, Kurt: Begriff und Problem der Solidarität, in: ebd.(Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem, Berlin: Suhrkamp, 1998, S.11.
- 3 Höffe, Otfried: Zwischen Gerechtigkeit und Menschenliebe/Philanthropie. Der Sinn von Solidarität, in: Frankfurter Hefte, Nr. 9, 2018, S.50-57.

Émile Durkheim die Solidarität im Rahmen der Arbeitsteilung in gleichartigen mechanischen und heterogen zusammengesetzten organischen Gesellschaftstypen.⁴ Der organische Solidaritätstypus ist auf die EU-Ebene unter der Bedingung projizierbar, dass ein Identitäts-, Verbundenheits- oder Zusammengehörigkeitsgefühl in Form eines Wir-Demos der EU-Nationalstaaten (oder ebenfalls der Unionsbürger) als hinreichende, jedoch nicht als notwendige *sinequanon*-Bedingung postuliert wird.⁵ In erster Linie materialisiert sich die Idee der Solidarität im EU-Kontext im Konzept der Integration. Demnach ist möglich, das Konstrukt europäische Solidarität als „Möglichkeitsraum für Integration stiftende Wirkmechanismen“⁶ zu denken.

Zur Messung und Operationalisierung des EU-Solidaritätsprinzips entwickeln Knodt und ihre Mitarbeiterinnen ein Forschungskonzept, das vier differente Solidaritätstypen benennt: *transnationale*, *supranationale*, *internationale* und *intergouvernementale* Solidarität. Während die *transnationale* ‚Kampfsolidarität‘ an dieser Stelle ausgeklammert wird, bezeichnet die *supranationale* Solidarität die Integration der Unionsbürgerschaft in (teil-) vergemeinschafteten Politikfeldern. Diese stellt das Produkt des Etablierungsprozesses einer europäischen politischen Gemeinwesensarchitektur samt Rechten und Obligationen dar.⁷ Daneben deckt der *internationale* Solidaritätstypus die auswärtigen Beziehungen der EU als globaler Akteur ab, z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.⁸ Zuletzt zeichnet sich die in den europäischen Großkrisen prävalente Form der *intergouvernementalen* So-

4 Vgl. Durkheim, Émile (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

5 Vgl. Kneuer, Marianne und Masala, Carlo: Politische Solidarität. Vermessung eines weiten und unerschlossenen Feldes, in: ebd. (Hrsg.): Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff, 1. Auflage, 2015, S.18.

6 Knodt, Michèle; Tews, Anne und Piefer, Nadine: Formen der Solidarität in der Europäischen Union, in: Kneuer, Marianne und Masala, Carlo: Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff, 1. Auflage, 2015, S.110.

7 Vgl. Ebd.: S.113 und S.117ff.

8 Vgl. Ebd.: S.114.

Solidarität in der EU

lidarität oder „Mitgliedsstaatsolidarität“⁹ durch den Primat von Souveränitätskalkulationen aus, dessen Zustandekommen durch einen asymmetrischen Betroffenheitsgrad erschwert wird.¹⁰

Eine solche differenzierte Betrachtungsweise des EU-Solidaritätsgedanke ist in der (europa-) politischen Praxis nicht zu konstatieren. Dieser erscheint als abstrakte, mit Inhalt zu füllende politische Verhaltenserwartung oder Ideal. Neben den Interpretationsspielräumen des EU-Primärrechts sticht die Solidaritätsidee etwa im sekundärrechtlichen Aushandlungsprozess durch dessen Bedeutungsvielfalt hervor. Insbesondere in Krisenzeiten, in denen das Solidaritätsprinzip als Patentrezept der EU-Krisenbewältigung perzipiert wird, wird dieses aufgrund seiner Pauschalität und Mannigfaltigkeit zur umkämpften Ressource. Demnach sind Appelle zur politikbezogenen Solidarität stets vor dem Hintergrund der politischen Kontext-, Präferenz und Traditionsstruktur eines Akteurs zu analysieren.

2. Gesundheitsschutz als Gemeinschaftspolitik im Vertrag von Lissabon

Im Kontrast z. B. zur *intergouvernementalen* EU-Asylpolitik reguliert keine Solidaritätsform den Bereich des Gesundheitsschutzes. Der Artikel 4 (2k) AEUV spezifiziert gemeinsame Sicherheitsaspekte im Bereich der öffentlichen Gesundheit als geteilte Kompetenzmaterie. Gemäß Artikel 6 (a) AEUV stellen der Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit einen Maßnahmenbereich mit europäischer Orientierung dar. Neben Artikel 114 (1) AEUV zum Erlass von EU-Rechts- und Verwaltungsstandards, die für das Funktionieren des Binnenmarkts essentiell sind, ermächtigt Artikel 168 (1) AEUV mit dem Zweck der Garantie eines hohen Gesundheitsschutzniveau die Union zum komplementären Handeln hinsichtlich der Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, der Verhütung von Humankrankhei-

9 Ebd.: S.119.

10 Vgl. Ebd.: S.113f und S.119ff.

ten, der Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit, der Bekämpfung von weit verbreiteten schweren Krankheiten oder zuletzt der Beobachtung, frühzeitige Meldung und Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren. Der Artikel 168 (3) AEUV proklamiert ein gemeinsames europäisches Wirken in der Gesundheitspolitik gegenüber Drittstaaten. In erster Linie kommt der EU eine Koordinations-, Unterstützungs- und Ergänzungsfunktion zu. Dieser Rechtsauftrag restringiert nach Artikel 168 (7) AEUV nicht das Prärogativ der EU-Mitgliedsstaaten, die Organisation des Gesundheitsbetriebs, dessen Verwaltungsstrukturen, die Ressourcenzuweisung und damit die Versorgungs- und Finanzierungsinfrastruktur in souveräner Weise zu bestimmen.

3. (K) einer für alle?! Der Zustand europäischer Solidarität in der Coronakrise

In diesem finalen Unterabschnitt wird eine Evaluation der Verfasstheit europäischer Solidarität in der Coronakrise anhand der Forschungsschablone von Knodt und ihren Mitarbeiterinnen erfolgen. Ein janusköpfiger Eindruck erscheint als Resultat.

Intergouvernementale Solidarität:

Die unmittelbare Reaktion der Mitgliedsstaaten ist zu Beginn der Coronakrise anstatt EU-Katastrophenschutzmanagement durch einen asymmetrischen Betroffenheitsgrad und der Prävalenz unilateraler Interessenskalkulationen als auch Abschottungstendenzen etwa in Form von restriktiven Grenzregimen und divergenten Risikogebietseinstufungen oder Notstandsmaßnahmen geprägt, die die Schengen-Binnenfreiheiten unterminieren. Das politische Europa ähnelt einem Flickenteppich. Wiederum führen das Zuspitzen innereuropäischer Rückwirkungen vor dem Hintergrund sozioökonomischer Interdependenzen, der länderübergreifenden Dissemination von COVID 19 gepaart mit der Evidenz der ‚Bilder aus Bergamo‘ den Europäern das

Solidarität in der EU

Imperativ zum europäischen Handeln vor Augen. Mit Verdichtung der Krisendynamik sind vermehrt einzelstaatliche *intergouvernementale* Solidaritätsformen der EU-Mitgliedsländer zu konstatieren, etwa in Gestalt von mitgliedsstaatlicher und teils europäisch koordinierter Rückholaktionen für Unionsbürger aus dem Ausland, von intra-europäischen Patiententransfers oder im Kontrast zur Anfangsphase der Coronakrise der Bereitstellung von medizinischen Gütern für stark betroffene Regionen.¹¹ Letzteres Element „medizinische[r] [...] Solidarität“¹² wird entgegen unilateraler Exportbeschränkungen zu Beginn der Pandemie zunehmend auf EU-Ebene organisiert.

Supranationale Solidarität:

Die EU-Exekutiven einigen sich auf eine Impfstoffbeschaffungsstrategie zur Vermeidung mitgliedsstaatlicher Konkurrenzszenarien und Schaffung einer „Solidarität zwischen allen Mitgliedsstaaten, unabhängig von der Größe ihrer Bevölkerung und ihrer Kaufkraft“¹³. Die proportionale Distribution der Vakzine erfolgt auf Grundlage des Bevölkerungsanteils der EU-Mitgliedsstaaten.¹⁴ Allerdings wird die Flexibilität dieser *supranationalen* Solidarität partiell durch mitgliedsstaatliche Präferenzen und Vorbehalte restringiert. Als Fallbeispiel dient der kürzlich stattfindende politische Konflikts über eine teilweise Neuverteilung von früher eintreffenden zusätzlichen Impfstoffmengen entgegen des EU-Verteilungsschlüssels zugunsten mit Vakzinen unterversorgter EU-Mitgliedsländer. In diesem Kontext signalisiert die Majorität der EU-Mitgliedsstaaten ihre Bereitschaft zur

11 Siehe zur Messung der *intergouvernementalen* Solidarität in der Coronakrise den ‚European Solidarity Tracker‘ des European Council on Foreign Relations (ECFR) und zur Fassbarmachung supranationaler Solidarität in der Corona-Krise die Umfrage von Cicchi, Lorenzo; Genschel, Philipp; Hemerijck, Anton und Nasr, Mohamed (2020): EU-Solidarity in times of crisis, Nr. 34, European University Insitut.

12 Koos und Leufen (2020): Betten oder Bonds? Konditionale Solidarität in der Coronakrise, Policy Paper Nr. 1, Universität Konstanz, S.3f.

13 COM (2020) 245 final vom 17.6.2020, S.3.

14 Vgl. COM (2020) 680 final vom 15.10.2020, S.4.

Abgabe von Impfstoffen, wenngleich einige Akteure die Sachthematik politisieren und ihre Reserviertheit und eigene Bedürftigkeit akzentuieren. Einen gesamteuropäischen Kompromiss auf Basis *supranationaler* Solidarität erzielen die EU-Exekutiven in diesem Zusammenhang nicht.

In Reaktion auf die Corona-Pandemie bringt die Euro-Gruppe im April 2020 ein ersteres wirtschaftspolitisches Stabilitäts- oder Solidaritätspaket auf den Weg. Dies kann als Exempel *supranationaler* „fiskalische[r] Solidarität“¹⁵ porträtiert werden, wenngleich im diesem Rahmen das einzelstaatliche Kalkül des Eigennutzes zu pointieren ist.¹⁶ Der Primat nationaler Interessen tritt deutlich im Zuge der Verhandlung der makroökonomischen Finanzinstrumente zur volkswirtschaftlichen Regeneration zutage. Vor dem Hintergrund divergenter Staatsschuldenquote verfügen die EU-Mitgliedsstaaten über unterschiedliche Eigenmittel zur volkswirtschaftlichen Krisenfolgenbewältigung und Kreditaufnahme an den Kapitalmärkten. Am 18. Mai 2020 skizziert eine deutsch-französische Initiative die Konturen eines EU-Wiederaufbaufonds für Solidarität und Wachstum. Der auf mitgliedstaatliche Einstimmigkeit abzielende Verhandlungsprozess ist durch europäische Fragmentierung und zwischenstaatliche Kontroverse geprägt. Zum einen positionieren sich anfänglich u.a. die haushaltskonservativen ‚Frugalen Vier‘ gegen eine gemeinschaftliche Schuldenaufnahme oder eine Aufstockung des EU-Budgets. Zum anderen wehren sich die EU-Mitgliedsländer Ungarn und Polen gegen eine Konditionalität der Allokation und Auszahlung der Fiskalmittel des EU-Wiederaufbaufonds ‚Next Generation EU‘ sowie des Mehrjährigen Finanzrahmens mit einem Rechtsstaatsmechanismus. Am Ende gelingt der deutschen Ratspräsidentschaft trotz politischer Widrigkeiten und Marathonverhandlungen eine intra- und inter-

15 Koos und Leufen (2020): Betten oder Bonds? Konditionale Solidarität in der Coronakrise, Policy Paper Nr. 1, Universität Konstanz, S.3f.

16 Vgl. Gerhards, Jürgen (2020): Europäische Solidarität in der Coronakrise, BSSE Arbeitspapier Nr. 41, Berlin: Freie Universität Berlin, S.10.

Solidarität in der EU

institutionelle Kompromissfindung, wenngleich aktuell noch nationale Parlamente und Verfassungsgerichte den EU-Wiederaufbaufonds inspizieren und damit der Ratifizierungsprozess im Gange ist.

Internationale Solidarität:

Insbesondere zu Beginn der COVID 19-Pandemie wird das Virus aus europäischer Perspektive als exogen induzierte Bedrohungslage behandelt. Dies verdeutlicht sich in der Tatsache, dass die EU-Staats- und Regierungschefs am 17. März 2020 das Überschreiten der EU-Außengrenze und damit die Einreisen aus Drittstaaten temporär beschränken. Im Gegensatz dazu bezieht die EU Drittländer in ihre Impfstrategie ein. Die Vakzine sollen perspektivisch der Logik eines öffentlichen Gutes der internationalen Staatengemeinschaft unterliegen.¹⁷ In diesem Rahmen existiert im Kontrast zur Praxis führender Industrienationen die zuletzt vor dem Hintergrund europäischer Versorgungsengpässe politisierte Bereitschaft der EU-Staatengemeinschaft, *internationale* Solidarität in der Coronakrise zu demonstrieren und eigene Impfstoffvorräte in Drittstaaten zu exportieren.¹⁸ Von dieser Absicht zeugt auch die Partizipation der EU-Kommission und EU-Mitgliedsländern an der COVAX-Kampagne der Vereinten Nationen, die sich für einen weltweiten Zugang zu den Impfstoffen einsetzt.

Fazit: In der Corona-Pandemie sind neben nationalstaatlichen Neigungen *intergouvernementale*, *supranationale* und *internationale* Solidaritätsformen zu identifizieren, die jedoch unterschiedlich ausgeprägt und politisiert sind. Die EU-Staatengemeinschaft sollte ein holistisches Solidaritätskonzept entwickeln, das die Unterformen fördert und verbindet.

17 Vgl. COM (2020) 680 final vom 15.10.2020, S.3 und S.5

18 Siehe zur Untersuchung externer EU-Solidarität z. B. den Sammelband von Debussere, Loes (Hrsg.): 'Coronationalism' vs. a geopolitical Europe? EU external solidarity at the time of Covid-19, EPIN Report, 2020.

Wolfgang Picken

Deutschland: Es braucht ein neues Wir

Die Coronakrise zeigt uns aktuell mit erschreckender Deutlichkeit auf, wie stark unsere Gesellschaft gespalten ist. Es geht um das Gefühl der Benachteiligung, um Existenzängste, um das Empfinden, mit seinen Sorgen, Problemen und Schwierigkeiten allein gelassen zu werden. Da sind die Senioren, die über einen langen Zeitraum keinen – oder nur in Ausnahmefällen – Besuch von Angehörigen oder Priestern erhalten durften. Da sind Familien, die seit Monaten Kinderbetreuung, Homeschooling und Berufstätigkeit unter einen Hut bekommen müssen. Da sind die Einzelhändler und Gastronomen, die zum Teil vor den Scherben ihrer Existenz stehen. Um nur einige Beispiele zu nennen. Dabei steht außer Frage, dass die Restriktionen wie der Lockdown sein mussten und müssen, um die Pandemie einzudämmen. Zunehmend aber zeigt sich ein Bild politischer Wirrungen und nicht nachvollziehbarer Entscheidungen. Die Menschen verlieren nach und nach das Vertrauen, den Glauben in das Krisenmanagement der Regierung. Die Gesellschaft ist gespalten.

Dabei ist diese Erkenntnis nicht neu. Bereits in der Vergangenheit wurde uns durch Bankenkrise, durch Klimaversagen und die Flüchtlingssituation aufgezeigt, dass die moderne Lebensweise einer konsum- und leistungsorientierten Welt die Grundlagen unserer Gesellschaft, unseres Lebens gefährdet. Dass die Politik vielfach überfordert scheint oder – wie bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme – schlichtweg nicht anwesend ist. Durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen wurde dies noch einmal verstärkt sichtbar. Was also ist zu tun? Für die Zukunft unserer Zivil-

gesellschaft wäre es fatal, wenn wir die Fehler der Vergangenheit erneut begehen und der Rückweg (auch) aus der Corona-Krise in die Normalität bedeutet, dass wir einfach dort weitermachen, wo wir aufgehört haben. Das wäre der falsche Weg.

1. Wir benötigen eine kulturkritische Debatte

Die Krise fordert eine grundsätzliche Infragestellung nicht nur des wirtschaftlichen Lebens, sondern vor allem auch des sozialen Miteinanders. Elementar wichtig für eine demokratische Gesellschaft ist, dass wir stetig über die Grundlagen unseres Zusammenlebens verhandeln müssen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, was sich geändert hat und was es zu ändern gilt. Welche Einflüsse sind zu stark geworden, welche haben wir zu sehr vernachlässigt? Auch diese Frage sollte regelmäßig beantwortet werden und so zur Selbstreflexion führen. Grundlegend falsch wäre es, der Geschichte ihren Lauf zu lassen. Was wir benötigen, ist somit eine kulturkritische Debatte. Wir brauchen ernst geführte Diskussionen, die mehr sind als das, was uns im Fernsehen oder in Sozialen Medien an Auseinandersetzung geboten wird. Nur so können wir zu einer ganzheitlichen Lebensweise zurückfinden. Nur so können wir unser Leben grundsätzlich verändern.

Fakt ist: Unsere Gesellschaft ist individualistischer geworden. Fühlten sich die Menschen früher klaren Milieus – wie Parteien, Gewerkschaften oder anderen Gruppen – mit all ihren Wertvorstellungen zugehörig, prägen heute vielmehr ständige Schwankungen in Wertverhalten und Persönlichkeit ihren Alltag. Ein Beispiel: Es ist nicht ungewöhnlich, dass ein Individuum auf der einen Seite morgens einen Fair-Trade-Kaffee genießt, um anschließend in einem SUV zur Arbeit zu fahren. Dass es sich über die – angeblichen – schweren gesellschaftlichen Folgen der Flüchtlingskrise echauffiert, und sich gleichzeitig für das Recht auf Teilzeitarbeit einsetzt. Grüne und liberale, rechte und sozialdemokratische Ideen existieren also nebeneinander – in ein und derselben Person. Dass sich die Werte somit ständig den persönlichen

Deutschland: Es braucht ein neues Wir

Bedürfnissen und Launen anpassen, die häufig nicht miteinander in Einklang zu bringen sind, macht das Individuum unberechenbar. Für sich selbst, aber auch für andere.

2. Es wäre zu kurz gedacht, das „Ich“ komplett im „Wir“ aufgehen zu lassen

Nun aber diese moderne Form des Individualismus komplett zu negieren, wäre zu kurz gedacht. Würde das „Ich“ vollumfänglich im „Wir“ aufgehen, das Individuum durch eine abstrakte Gemeinschaft ersetzt, würde dies – im besten Fall – für Verdruss sorgen. Generell steht Individualismus nicht im Widerspruch zum Wir. Zumindest dann nicht, wenn man ihn nicht mit Egoismus gleichsetzt. Schließlich braucht es mehr als einen engagierten Einheitsbrei, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft der Zukunft zu kreieren. Es braucht Menschen mit unterschiedlichen Ansätzen, Kompetenzen und Talenten, um die drängenden Fragen lösungsorientiert beantworten zu können, die sich bei Themenfeldern wie Spannungen vor Ort, Klimaschutz, Alter, Partnerschaften oder Kinderbetreuung auftun.

Nicht die Individualität ist also das Problem, die fehlende Solidarität ist es. Mangelt es an ihr, bleiben viele Menschen auf der Strecke, meist sind es die schwächsten Glieder der Gemeinschaft. Die Kinder, die zunehmend ihren familiären Halt verlieren und in einem defizitären Bildungssystem feststecken. Die Einsamen, die soziale Kontakte vermissen. Oder die Alten und Kranken, denen es an liebevoller Pflege fehlt. Daher muss ein anderer, langfristig begehbare Weg eingeschlagen werden. Es braucht ein Umdenken.

3. Eine Gesellschaft, die sich nur auf staatliche Fürsorge verlässt, wird scheitern

Was wir benötigen, ist ein neues Wir. Eine Zivilgesellschaft, die ihre Probleme solidarisch angeht. Um das zu erreichen, muss den Men-

schen vor Augen geführt werden, dass die gemeinschaftlich wahrgenommene Verantwortung und Lösung gesellschaftlicher Problemfelder die einzigen Alternativen sind. Nur so kann jeder von einer starken Gemeinschaft profitieren. Das gilt besonders, wenn die sozialstaatlichen Systeme ihre Überforderung und Unzulänglichkeit zeigen. Diese offenbaren sich unter anderem in der allgegenwärtigen Lüge der Machbarkeit. Bürgern wird suggeriert, dass soziale Probleme gelöst werden können, indem Geld umgeschichtet und neues Personal gewonnen wird. Totale Sozialstaatversorgung mit hohen Ansprüchen an das menschliche und fachliche Niveau ist aber weder pragmatisch organisierbar noch kann man sie finanzieren. Eine Gesellschaft, die sich also nur auf staatliche Fürsorge verlässt, ist zum Scheitern verurteilt. Das mag in der Vergangenheit funktioniert haben, in Gegenwart und Zukunft tut es das nicht mehr.

4. Die alten Strukturen bleiben in der Pflicht

Sicher ist, dass die so genannten alten Strukturen in der Pflicht bleiben. Sie werden noch gebraucht, um die Gesellschaft und die Lebenseinstellung der Menschen weiter umzubauen und in die Zukunft zu führen. Würden Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder Kirchen komplett verschwinden, hätte dies verheerende Folgen. Allerdings wird es nicht ausreichen, sie zu stabilisieren oder zu erneuern. Neben dem „Alten“ braucht die Zivilgesellschaft von morgen Neues: neue Ideen, neue Systeme, neue Formen. Ein neues Wir.

Das Neue kann viele Gesichter haben. Es kann eine Partei sein, eine Stiftung, ein Verein oder eine Nachbarschaftsinitiative. Heißt, dass jeder gefragt ist, das Feld ist offen für alle. Anknüpfungspunkte gibt es in ausreichender Form – naheliegend sind zum Beispiel Wohnort und Sozialraum, an dem man sich zusammenfindet und den man sinnvoll (mit-)gestalten möchte. Auch gleichgelagerte Interessen wie Erziehung der Kinder oder Unterstützung der Eltern können eine Basis bilden, um sich gemeinsam zu motivieren und tätig zu werden. Wichtig

ist, dass es formal und inhaltlich unkompliziert ist, sich zu beteiligen. Schwer verständliche Bedingungen und Regeln sind fehl am Platze. Unerlässlich ist auch, dass sich die entstehenden Gruppen und Gemeinschaften nicht von den anderen absetzen, sondern sich intensiv vernetzen – auch mit den bereits vorhandenen „alten“ Strukturen, die mit Ideen und Angeboten, aber auch Impulsen unterstützen können. So können sich alle gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen.

5. Im Ehrenamt liegt erhebliches Potenzial

Was die Zukunft der Zivilgesellschaft angeht, liegt im Ehrenamt ein erhebliches Potenzial. Viele engagieren sich bereits – rund ein Drittel der Bevölkerung erfüllt eine gemeinnützige Aufgabe, ein weiteres Drittel ist noch auf der Suche nach einem Betätigungsfeld. Würde dieses Potenzial stärker gefördert, würde die freie Zeit der Bürger gezielt angefragt und koordiniert werden, könnten Berge versetzt werden. So müsste die Förderung des Ehrenamts systematischer erfolgen. Wie das geschehen könnte? Organisationen, Vereine oder Kirchengemeinden sollten sich nicht abwartend zurücklehnen, bis die Menschen von sich aus auf sie zukommen. Vielmehr sollten sie auf potenzielle Ehrenamtliche von morgen zugehen und sie für Projekte gewinnen. Der Staat sollte den Einsatz wie Spenden anerkennen und fördern. Netzwerken ist ein weiteres Stichwort. Für diverse Themenbereiche gibt es bundesweite Plattformen – für das Ehrenamt steckt dies noch in den Kinderschuhen. Ziel ist es also, die Kräfte zu suchen und ohne Vorbehalte zu unterstützen. Dann kann das Wir gelingen.

Wie gut das funktionieren kann, wie sehr ein gemeinsames Ziel die Gemeinschaft nach vorne bringen kann, zeigt sich im Seelsorgebereich Bonn-Bad Godesberg. Dort habe ich lange Jahre als Pfarrer gewirkt und vor mehr als fünfzehn Jahren gemeinsam mit einigen Mitstreitern die „Bürgerstiftung Rheinviertel“ ins Leben gerufen, die Gelder und Ressourcen für wichtige Aufgaben wie etwa Kinderbe-

Wolfgang Picken

treuung oder die Begleitung von Sterbenden generiert. Ursprünglich auf fünf Jahre angelegt, hat die Initiative zahlreiche Nachahmer gefunden. Bistumsweit gibt es mittlerweile Jugendreferenten und Ehrenamtskoordinatoren, integrierte Hospize oder heilpädagogische Beratungs- und Förderdienste.

Dabei sahen und sehen wir uns als Aktivierer. Jeder gibt das, was er geben kann – der eine Geld, der andere Lebenszeit. Die Menschen können sich engagieren und ihren eigenen Lebensbereich gestalten. Damit können sie selbst die Früchte ihrer Arbeit ernten. Ehrenamt, das Engagement für die neue Zivilgesellschaft muss nicht zwangsläufig altruistisch verstanden werden. Es ist keine Schande, wenn man von seiner Arbeit einen persönlichen Nutzen hat. Häufig ist dies eine zukunftsweisende Motivation, wenn zum Beispiel Eltern zur „Bürgerstiftung Rheinviertel“ kommen, weil ihre Kinder einen der Stiftungs-Kindergärten besuchen. Vielfach bleiben sie dann später dabei. In Bonn-Bad Godesberg zeigt sich: Es braucht Politik und Gesellschaft. Es braucht weniger Ego und mehr Wir. Jeder ist aufgerufen, sich mit seinen unterschiedlichen Talenten und Fähigkeiten einzubringen. Gelingt dies, ist die Zukunft der Zivilgesellschaft gesichert. Im Kleinen wie im Großen.

Matteo Scotto

A New European Balance

Like all scholars dealing with European studies, it is impossible these days to advance any kind of analysis without considering the recent changes brought about by the current pandemic. My stance here is that the COVID-19 pandemic represents a further step in a process that began with the Lisbon Treaty and developed during the various crises that the EU has faced in recent years, and from which European integration will emerge successfully following a rebalance. This new balance consists in a governance of the European Union based on a method of decision-making that I would call constructive intergovernmentalism. This means that after years of multiple crises, the European Union has finally developed sufficient political maturity to reach holistic and long-term decisions, even with respect to fundamental state policies and not necessarily by following the path of supranationalism. The first part of this analysis is dedicated to relevant novelties regarding EU political resilience and crisis management mechanisms related to the COVID-19 pandemic, also in view of the peculiar nature of this health and economic crisis. The second part illustrates the new challenges the EU has faced due to COVID-19 in terms of decision-making and governance, trying to investigate a possible new equilibrium for European integration.

In my view, the COVID-19 pandemic represents a defining moment in the European integration process, particularly with regard to the nature of this crisis and the way in which the Union decided to deal with it. The first novelty brought by the COVID-19 pandemic concerns the singularity of the virus' impact in terms of policy response. In the last decade, the European

Matteo Scotto

Union has already faced multiple crises. The various economic and financial crises, terrorism, the refugee crisis and Brexit, have each represented a uniquely peculiar challenge for the European Union and its "sui generis" polity. However, none of these crises had such an inter-sectoral impact on European society as the COVID-19 pandemic. With its health, social and economic implications, the coronavirus has eroded the backbone of European societies, in such a way that it was impossible to restrict the policy response to a limited number of sectors. Unlike previous crises, where differentiated short and medium-term policy response carried out by clusters of countries were possible, the reaction to the virus required holistic, long-term measures. After the virus hit Europe in March 2020, the European Council of 17-20 July 2020 agreed on an unprecedented recovery plan for the European Union, the Next Generation EU (NEGEU), which allows the European Commission to borrow up to EUR 750 billion on the capital markets. By doing so, the European Union has decided for the first time in history to create a consistent amount of common debt, in order to plan the social and economic recovery of the Union together. We must not forget that the agreement on NEGEU was in the first place a choice by the member states to cooperate, resulting in inter-state bargaining between governments at highest political level within the European Council. Following the political input from member states, the Commission then followed up on the design and implementation of the recovery plan. This is the same inter-governmental approach to crisis management that in the post-Lisbon years has brought up many allegations of ineffectiveness in terms of policy delivery, threatening the unity of the European project. As a result, the recovery plan would challenge at first glance those assumptions ascribing to the intergovernmental method the inability of EU member states to act together and united. Even though much will depend on the success of the recovery plan, the equation between intergovernmentalism and ineffectiveness needs to be re-examined at this point. In fact, it appears rather simplistic today to claim that the only reason for the EU's malfunctioning is the departure from integration by supranationalisation.

A New European Balance

The second novelty brought by COVID-19 concerns the transnational dimension of the virus in relation with the EU response in terms of politics. Many scholars have already spoken of the “variable geometry” of a crisis, which means understanding the behavior of member states in the European context considering the differentiated impacts of the crisis at the national level. Policy areas such as citizen security or public health, as in the case of COVID-19, entails in the first place a confrontation between national electorates and governments, and secondly a discussion among the member states. The heads of state and government are thus faced with the question of whether there is a real advantage for their respective domestic preferences to address the issue at the European level, making a possible “choice for cooperation”. Compared to other crises the EU has recently faced, the crisis caused by the COVID-19 pandemic presented a different geometry. The economic and financial crisis, terrorism and the refugee crisis have affected member states in different ways. On the contrary, by analyzing the disaggregated data, it is clear that the virus did not spare any member states, with an unprecedented overall impact. This means, unlike in the past, each member state had a direct interest in assessing possible resolutions to the crisis at the European level. The COVID-19 pandemic had two relevant impacts everywhere in the Union. The health impact in the first place, in terms of deaths and pressure on national health systems, and the economic impact in the second place, in terms of fall in gross domestic product and rising unemployment, especially as regarding specific sectors. Furthermore, COVID-19 will have medium and long-term consequences in different fields: inclusion, education, labor market, migration, tax system, etc. From a geographical perspective, this was a more widespread crisis, even at a global level, with all continents having to deal with the pandemic. This scenario brought EU member states to take the historic decision to set up a common debt, putting in place a recovery plan of unprecedented dimensions. Given the transnational dimension of the crisis, what was new in EU politics?

In previous years, in response to continental crises, there was the tendency towards differentiation, depending both on domestic preferences and on individual political opportunities. To this point, the case of the refugee cri-

sis is emblematic, as demonstrated by the new Pact on Migration and Asylum proposed by the European Commission in September 2020. For this reason, many scholars have interpreted the concept of “flexible contribution” mentioned by the Commission as “solidarity à la carte”, referring to the EU's inability to give common answers to common problems, such as on migration policy. Furthermore, differentiated integration is often associated with the intergovernmental method and viewed in a negative light. Indeed, the same approach to policy-making is reflected in the field of security and defense policy, through various Permanent Structured Cooperation activated in recent years. Thus, the ‘variable-geometry Europe’, also known as ‘multi-speeds Europe’ has remained in place in the context of crisis management, with countries joining cooperation frameworks on a voluntary basis. However, as far as the recovery plan is concerned, the agreement on the recovery plan went in the opposite direction. As part of the 2021-2027 Multiannual Financial Framework, the NEGEU is in the first place a medium-term plan and, given the nature of the investments, with potential long-term implications. Moreover, the recovery plan is not based on differentiated integration, as all member states have joined the agreement and will benefit from it.

Therefore, the same member states that in recent years have often preferred to respond to crises in a fragmented way, have decided this time, on the basis of rational choices, to act together. In addition, the NEGEU also contains a principle of solidarity, which, according to many, has never been in line with an intergovernmental Union. At first glance, in the face of the most serious global crises the EU has ever faced, inter-state bargaining among the member states provided the Union with political guidance for a long-term recovery plan of common interest. The policy outcome was this time far from a lowest common denominator, which on other occasions caused severe criticism of the intergovernmental method. In summary, due to the nature of the pandemic crisis, the EU was faced with a cross-sectoral and transnational impact never experienced before. Given this completely new crisis scenario, the EU reacted with new responses both in terms of policy and politics. On the policy side, the EU has put in place a recovery plan with an entirely new scale and scope of action. On the politics side,

A New European Balance

EU member states have not opted this time for differentiation, but rather they acted cohesively and with long-term perspectives. With respect to past crisis management methods, what did not remarkably change was the polity side, defined as ‘the institutional system forming the framework for political action and covers the concrete normative, structural elements of politics set out in the constitution’. In fact, even in the case of the COVID-19 crisis, member states preferred an intergovernmental method of decision-making rather than shifting decisions to supranational institutions and majority-voting. The EU response consisted in fact of three unanimous choices made by the member states: the choice of national governments to cooperate on the basis of domestic preferences, the choice to reach an agreement based on consensus-building, and finally the choice to establish the rules of the game; entrusting the European Commission with the task of designing and implementing the recovery plan in conjunction with national governments.

Having established the novelties of the COVID-19 pandemic crisis we now come to the second part of the analysis; there are two reasons to argue that the EU recovery instrument put in place by the member states to deal with the COVID-19 pandemic may work as a stabilizer for European Integration, bringing a potential new equilibrium in the EU integration.

The first reason concerns the nature of the decision-making processes that led to the agreement on the recovery plan, while the second reason concerns the governance designed to manage this financial instrument, together with its consequences. Of course, much will depend on the concrete impact of the recovery plan in the coming years, but the combination of these two elements may constitute a pathway towards a new balance of European integration.

The agreement reached at the European Council in July 2020 was first and foremost the culmination of an intergovernmental practice of decision-making in the context of crisis management; which the EU has been practicing for decades in order to reach crucial decisions, often with results well below expectations. According to recent decision-making practices in the context of crises, the process leading up to an agreement among the member states usually involves three stages. The first step consists of initial in-

put originated from a political understanding reached by a small group of key member states (France and Germany in the case of the NEGEU). Secondly, this first agreement, often accompanied by a Commission proposal, represents the basis for an intensive bargaining before and during the summits between the heads of state and government (European Council; Euro-summit, etc.). Finally, the Commission transforms the political intent into a package of legislative measures and starts the implementation phase in conjunction with the European Parliament and the Council, when the competences so require. Furthermore, the Commission is in most cases in charge of monitoring the implementation of the measures under the supervision of the member states. The recovery instrument designed to relaunch the EU economy after the pandemic followed exactly the decision-making process mentioned, which after Lisbon has often proved to be ineffective and on which there has long been little expectation in terms of policy outcomes. Indeed, there have been many downward compromises, such as the failure to resolve the migration crisis in Europe, which have cast serious doubts on this consensus-based decision-making method. Member states have thus been accused of national selfishness, as they have often demonstrated inability to find forward-looking policy solutions for the whole Union, beyond the political demands of individual countries. (e.g. Poland and Hungary case related to the rule of law in the EU). What remains of this legitimate skepticism towards the intergovernmental method in the face of the unanimous decision of the EU Member States on the recovery plan to tackle COVID-19 pandemic?

On the basis of the achievement of EU member states on the recovery plan, it is plausible to argue that the Union might have found a new decision-making equilibrium that does not necessarily see the intergovernmental method as a synonym for inefficiency. All too often, the political maturation phase necessary for the Union to act in a more mutually responsible and communitarian way has not been considered enough, especially after the Union expanded its geo-political and geo-cultural sphere with the eastern enlargements. It is in fact hardly ever recognized that the difficulty in past years to reach consensual compromises could have been caused by a still immature capacity to negotiate at 27. Enlargements have often been

A New European Balance

seen as a purely normative issue, without considering the consequences that the profound political and cultural differences could have on the negotiation processes. As a result, the Union is never given the time to grow and become aware of its means and political system, which by nature is constantly changing geographically and culturally. That is why, from a procedural point of view, the intergovernmental method has often been viewed with suspicion. Yet, many overlook the constructive side of intergovernmentalism, leading to a direct and systematic confrontation between the executives of EU countries, with the aim of reaching inclusive agreements for all parties involved. This process entails a maturation of the political dialogue both at an administrative and political level, the latter paving the way for discussions either on a bilateral basis between member states or in the European Parliament. The result is greater mutual understanding among member states, together with more interaction between the national and the European level of decision-making, thus increasing the capacity to reach agreements within the framework of European institutions. In this way, EU is experiencing a constant intensification of democratic practice among European countries, both through formal and informal channels, which is the primary condition for the pursuit of common political goals.

Turning to governance and consequences of the recovery plan, it is here that relevant signs of a possible new equilibrium for the coming years of integration are to be found. According to article A19 of the European Council Conclusions of 21 July 2020, member states will have to submit their plans of how they intend to invest the money they will receive from the EU in the form of both grants and loans under the Recovery and Resilient Facility to the Commission by a set date. According to the European Commission, ‘the Facility is an opportunity to create European flagship areas for investments and reforms with tangible benefits for the economy and citizens across the EU’. The approval process of individual national recovery and resilience plans (NRRP) has to follow several steps in which member states are involved at the forefront of a mutual political assessment of their investment plans. As is well known, decisions taken in the European Council are not established by any procedures, but as a matter of practice they are prolonged until a consensual agreement is reached between all

parties involved. As far as the single NRRPs are concern, one country has to agree, on the basis of economic but also political considerations, with another country's proposal for a long-term investment plan within an established community framework. For this reason, the desire to proceed by consensus building on the basis of an intergovernmental rationale could potentially have a more harmonizing rather than divisive effect than before, with possible consequences on EU architecture as a whole. With the abandonment of the United Kingdom, the recovery plan has in fact brought the reformist drive back to the wider group of member states, and no longer just to the narrow Eurozone. For many years, in fact, to avoid British vetoes, the Eurozone had been looked upon as a possible 'Union within the Union' in which the next fundamental steps of EU reform could be discussed. It is clear that many questions remain open, first and foremost the development of democratic control systems through EU and national parliaments within the framework of this new balance,

On the basis of this renewed political maturity in the context of policy coordination among the member states, European integration could find a new balance in the coming years, with the EU able to act in a more far-sighted and united way than before. This would also help to move away from a dichotomous view of the EU, seeing the member states always entrenched behind exclusive national interests while the supranational institutions as the sole champions of the common good.

Overall, if there is anything that the COVID-19 pandemic has taught European societies, it is that there are interests in the Union that are truly accepted and shared by all member states, and represent the fundamental starting point for taking steps forward for European integration. There is in fact no coexistence within the EU between a meta supranational state and the old nation states. The Union is and will always remain the political and democratic expression of its constantly changing member states and their citizens, whose institutions are shaped by their preferences. The member states' search for consensus, even in today's enlarged and complex Union and even with great difficulties and misunderstandings, is the best indication of the vibrancy of the European integration process.

Covid-19: The EU and Global Norms

1. Where do we stand now?

The COVID-19 crisis has easily been the greatest shock to international order since the Second World War. The human cost of the crisis has been devastating with a global death toll of more than 2,8 million. The economic cost has been estimated to reach over \$9 trillion in the coming years with many having been projected to fall into poverty. Previously fragile states will be left to corrode further, laying foundations for new conflicts and mass displacement. International institutions and alliances that were already under pressure before the pandemic are wavering or have been sidelined entirely. Meanwhile China and the USA are gearing towards a new Cold War, while the European Union is aspiring to avoid being crushed between them and trying to find ways to uphold multilateralism.

It is the first crisis in decades without clear American leadership, and the US even leading in “vaccination nationalism”. In the first half of 2020, almost no international cooperation was visible at all, with every country appearing to follow its own path with some countries being more successful than others in dealing with the crisis. But as a whole, humanity failed to contain the pandemic, or even to design a global plan of action. In the second half of 2020 some global governance reemerged driven by a few . However, the impact of the crisis on the foundational institutions of world order and its values are detrimental,

with rivalry between the old great powers at unprecedented levels and the global gap of inequality unparalleled.

According to Huang, the current western centric international order rests upon three central foundations: (1) the principle of multilateralism, which emphasizes international cooperation and management of international affairs through multilateral institutions; and (2) a group of defenders in the form of institutions with common goals and shared commitment to preserve liberal values and norms; (3) the liberal ideology that emphasizes democratic values and norms. These foundations will be discussed in relation to the COVID-19 pandemic in order to assess the impact on global norms and the question if a transformation of the international order is taken place in this short overview.

2. *Emerging new values*

As bleak as the outlook given maybe, a quintessence of positivity can also be found. This pandemic might just be about perspective. On the one hand, the global pandemic is a demonstration of humanity's helplessness in the face of nature's strength. However, on the other hand, the past year has shown that humanity is actually capable of coming together in order to defeat a coming threat. Science has in fact given politics the tools to make threats, or as currently the case pandemics, manageable. Early warnings flooded the globe within weeks, scientists hunted and isolated the virus within a month, and in addition, they managed to sequence the DNA of the virus and to make that information publicly available to all – incomprehensible achievements compared to the 1918 influenza streak. Information became power and created a new dimension of values. Within record time the general public knew what had to be done to slow or even stop the virus from spreading, including easily applicable measures which have become the new norm. Moreover, scientists developed a vaccine in less than ten months, swiftly followed by mass-production and distribution. The power of biotechnology has clearly been winning the war over the virus in the past months.

Covid-19: The EU and Global Norms

The past year also underlined the power of information technology and communication. For example, Israel traded its data to Pfizer for vaccines in order to get the escalating national situation under control. Raising the question whether citizens' data is now the most important state capital. Digital surveillance however also became one of the most effective tools to monitor and manage outbreaks through track and trace systems. As life was moved online in 2020, digitalization proved to be vital in getting many through extended periods of lockdowns. The implications of our new digital lives will require greater inspection in time to come, however it is noteworthy for the moment that this transition occurred as swiftly and, to an extent, as effortlessly as it did. From online homeschooling to remote working, from zoom parties to digital exercise classes, from grocery delivery services to healthcare providers on Skype—2020 has been an extraordinary year in many ways. Some joke that it is also remarkable that the Internet didn't give out in 2020.

The greatest lessons of the past year are values based on science and digitalization: we learned that life can actually go on even if an entire country is physically not moving. Now that we know that we can withstand a physical virus by retreating online and relying on science, what does this mean for the validity of global norms?

3. The principle of multilateralism

The underlying reason of scientific successes in this pandemic is based on the global cooperation between scientist who shared information and built on the knowledge of one another. Conversely, politicians abandoned international alliances making little or no attempts to combine resources or systemize production and distribution in the early phases of the pandemic. Furthermore, it has become evident that a pandemic can start anywhere and any mutation could end the vaccination race and start the process of infection from the beginning any day. As such a global plan of action is not an option but a must, specifically one that goes beyond borders, as viruses show no regard for these.

The politicization of new social norms has created a schism through multilateral attempts to contain the virus. The simple acts of wearing a facemask and social distancing became political standpoints in 2020.

The COVID_19 pandemic has highlighted that both our digital infrastructure and our public health systems are our biggest assets that need to be safeguarded and invested in. Their functioning will define global security now and in the future. Furthermore, the pandemic underlined the importance of having a global independent health authority that can function outside of political power plays. Long established institutions such as the World Health Organization have seen their funds drained in recent years making them susceptible to political whims and making them be easily sidelined for potentially less independent sources. Global cooperation needs to be increased in that regard, while public health systems need to become the focus of long term policy planning. Ad hoc multilateral management of crisis requires established institutions with longer time horizons that act as defenders of common goals.

4. *The defenders*

One further question that arises from a year of global pandemic, where the great powers found another stage to underline their rivalry, is how the EU positioned itself. While, the COVID-19 pandemic also took Europe by surprise, creating an unprecedented policy crisis with implications across all public policy sectors, its recovery was faster than in previous crisis. While, the early response was rather uncoordinated, showing a clear lack of action regarding Italy and the closure of borders, quick actions followed based on rare cooperation between member states as well as the backing of EU institutions by key countries, including France and Germany. Furthermore, the EU's united stance on the WHO underlined the Union's renewed focus on finding immediate solutions to protect its citizens and to stabilize the economy. The newly united polity has created some first positive results for the EU. This new internal strength now also needs to be projected exter-

Covid-19: The EU and Global Norms

nally in order for the EU to be taken more seriously as a dominant global figure. Here the COVAX initiative, where the EU and its institutions are a driving force behind global solutions to the pandemic, could be a starting point. COVAX is scheduled to roll out to over 100 countries in spring 2021, currently standing at 84 countries due to a shortage of supplies as the limiting factor to full roll out. This limited access to vaccinations is a result of the USA, the United Kingdom and Israel, among others having claimed most available vaccines since their availability in late 2020.

5. Liberal ideology

As social norms become more politicized from day-to-day, one of the greatest failures during the pandemic has been the creation of a new global inequality between those states that can vaccinate their citizens and those that simply cannot. Uncoordinated and competing governments, as well as private initiatives choosing whom they supply and a general lack of global solutions have exacerbated this new inequality.

Overall, the western centric perspective of liberal ideology with an emphasis on market economy and small government has not held up through the pandemic. And if this continues, the impact of the COVID-19 pandemic on the foundational institutions of world order and its values may truly be transformed. This process of transformation has already started and once the pandemic is over the global order will have settled in a new dimension.

References:

Beirens, H., Fratzke, S., and Kainz, L., 2020, When Emergency Measures Become the Norm: Post-Coronavirus Prospects for the Schengen Zone, Migration Policy Institute, available at: <https://www.migrationpolicy.org/news/post-covid-prospects-border-free-schengen-zone>

Carthaus, A., 2021, Yuval Noah Harari on COVID-19: 'The biggest danger is not the virus itself', Deutsche Welle, available at: <https://www.dw.com/en/virus-itself-is-not-the-biggest-danger-says-yuval-noah-harari/a-53195552>

Liska Wittenberg

Chaturvedi, S., 2020, Post-COVID-19 Development and Global Governance: The Emerging Role of Science and Technology, available at: <https://oecd-development-matters.org/2020/09/10/post-covid-19-development-and-global-governance-the-emerging-role-of-science-and-technology/>

Dimitriadi, A., 2020, The Future of European Migration and Asylum Policy Post COVID-19, Foundation for European Progressive Studies, available at: <https://www.feps-europe.eu/attachments/publications/feps%20covid%20response%20migration%20asylum.pdf>

Gamlen, A., Migration and mobility after the 2020 pandemic: The end of an age? International Organisation for Migration, available at: <https://www.onlinelibrary.iihl.org/wp-content/uploads/2021/03/2020-IOM-Migration-and-mobility-after-the-2020-pandemic-The-end-of-an-age.pdf>

Huang, Q., 2020, The Pandemic and the Transformation of Liberal International Order, Journal of Chinese Political Science (2021), 26:1-26, available at: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11366-020-09698-0.pdf>

Harari, Y., 2021, Lessons from a year of Covid, Financial Times, available at: https://www.ft.com/content/f1b30f2c-84aa-4595-84f2-7816796d6841?fbclid=IwAR1WwKWv1Zs6K46M4SD6Pwx69xN3j_htSYb3sthM2Ec7_yABDV6SGSf5hcI

Kamarck, E., and Galston, W., 2021, Getting the COVID-19 vaccine: Progress, and equity questions for the next phase, Brookings Institute, available at: <https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2021/03/04/getting-the-covid-19-vaccine-progress-and-equity-questions-for-the-next-phase/>

Kirisci, K., Erdogan, M., and Eminoglu, 2020, The EU's "New Pact on Migration and Asylum" is missing a true foundation, Brookings, available at: <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2020/11/06/the-eus-new-pact-on-migration-and-asylum-is-missing-a-true-foundation/>

Krasny, R., 2021, Vaccine Rollout to Exceed 100 Countries Soon, Covax Head Says, Bloomberg, available at: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-04-04/vaccine-rollout-to-top-100-countries-in-weeks-covax-head-says>

Okonjo-Iweala, N., 2021, Globalizing the COVID vaccine, Brookings Institutions, available at: <https://www.brookings.edu/opinions/globalizing-the-covid-vaccine/>

Papademetriou, D., 2020, Managing the Pandemic and Its Aftermath, Economies, Jobs, and International Migration in the Age of COVID-19, Migration Policy Institute, available at: https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/tcm2020-papademetriou-migration-covid-19_final.pdf

Covid-19: The EU and Global Norms

Petroni, N., 2020, Assessing the impact of Covid-19 on the EU's response to irregular migration, London School of Economics Blogs, available at: <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2020/09/23/assessing-the-impact-of-covid-19-on-the-eu-response-to-irregular-migration/>

Solana, J. 2021, Antifragile Europe, Brookings Institute, available at: <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2021/03/25/antifragile-europe/>

van Schaik, L., Jørgensen, E., and van de Pas, R., 2020, Loyal at once? The EU's global health awakening in the Covid-19 pandemic, *Journal of European Integration*, 42:8, 1145-1160, available at: <https://doi.org/10.1080/07036337.2020.1853118>

WHO, COVID-19 Weekly Epidemiological Update – Data as received by WHO from national authorities, as of 4 April 2021, 10 am CET, available at: file:///Users/liskawittenberg/Downloads/20210406_Weekly_Epi_Update_34.pdf

Wolff, S., and Ladi, S., 2020, European Union Responses to the Covid-19 Pandemic: adaptability in times of Permanent Emergency, *Journal of European Integration*, 42:8, 1025-1040, available at: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/07036337.2020.1853120>

Wright, T., and Kahl, C., 2021, Aftershocks: Pandemic Politics and the End of the Old International Order, Book Review, Brookings Institute, available at: <https://www.brookings.edu/books/aftershocks-pandemic-politics-and-the-end-of-the-old-international-order/>

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 254 (2019) Susanne Baier-Allen
Europe and America
- C 255 (2019) Ludger Kühnhardt
The European Archipelago. Rebranding the Strategic Significance of EU
Overseas Countries and Territories
- C 256 (2019) Henri de Waele / Ellen Mastenbroek (eds.)
Perspectives on Better Regulation in the EU
- C 257 (2020) Ludger Kühnhardt
Richard von Weizsäcker (1920-2015). Momentaufnahmen und Denkwege eines
europäischen Staatsmannes
- C 258 (2020) Ermir I. Hajdini, Nikola Jokić, Teodora Lađić, Ksenija Milenković, Denis Preshova,
Flandra Sylja (eds.)
Western Balkans and the European Union
- C 259 (2020) Christos Stylianides
European Emergency Coordination
- C 260 (2020) Cillian O'Gara
European Energy Security
- C 261 (2020) Johannes Wiggen
Chancen und Grenzen europäischer Cybersicherheitspolitik
- C 262 (2020) Christoph Bierbrauer
Bailouts in the euro crisis: Implications for the aftermath of the COVID-19
pandemic
- C 263 (2021) Muhammad Murad
Geo-economics of the European Union and the China Challenge
- C 264 (2021) Jette Knapp
Struggling to Find a Recipe for Peace – Ten Years of European Initiatives to End
the Conflict in Syria
- C 265 (2021) Rahel Hutgens, Stephan Conermann
Macron's Idea of European Universities From Vision to Reality
– The Implementation
- C 266 (2021) Kwan Lok Alan Ho
"Loud thunder, little rain"
Participatory Democracy in the European Union
Examining the European Citizens' Initiative
- C 267 (2021) Ludger Kühnhardt
The post-corona world. A research agenda
- C 268 (2021) Daniel René Jung, Wolfgang Picken, Matteo Scotto, Liska Wittenberg (eds.)
Corona und die Verfassung Europas

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-946195-12-2